

dieser Fragen auf, ohne sie *en detail* zu verfolgen. Ein Kapitel hierzu und den bisherigen Erfahrungen in Australien, Kanada und Neuseeland hätte das Buch bereichern können. Das kleine (und persönliche) Vermisserlebnis kann freilich den Gesamteindruck kaum beeinträchtigen. Wer sich über den Hintergrund und den aktuellen Diskussionsstand zu diesem jedenfalls in Australien und Neuseeland durchaus zentralen politischen und juristischen Thema informieren will, wird einen besseren literarischen Einstieg derzeit nicht finden. "Indigenous Peoples' Rights" steht bei aller wissenschaftlichen Seriosität wertungsfreudig im Zeichen eines Eintritts für die Rechte der Urbevölkerungen im "Anglo-Commonwealth" Australiens, Kanadas und Neuseelands, deren *kulturelle und politische Identitäten* nach ihrer Marginalisierung und dem Bemühen um Segregation bzw. Assimilation erst in jüngerer Zeit als Rechtsgüter anerkannt werden. Der demokratische Rechtsstaat hat hier – insbesondere im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts - sein schlechtes Gewissen entdeckt und im oft schwierigen Wechselspiel von Judikative, Legislative und Exekutive begonnen, sich der Verantwortung zu stellen. "Gerechte" Lösungen zu finden bleibt schwierig.

Jörg Menzel

Aurel Croissant

Politischer Systemwechsel in Südkorea (1985-1997)

Mitteilung des Instituts für Asienkunde Nr. 297

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1998, 236 S., DM 38,--

Der Verfasser unternimmt es, den Demokratisierungsprozess Südkoreas ab 1985 analytisch zu durchleuchten, um daraus Perspektiven für die Konsolidierung der Demokratie zu gewinnen. In einer einleitenden Auseinandersetzung mit den verschiedenen Transformationstheorien kommt er zu dem kaum überraschenden Ergebnis, daß keine für sich allein den tatsächlichen Ablauf zu erklären vermag, sondern daß nur ihre Kombination zu befriedigenden Ergebnissen führt.

Das zweite Kapitel ist den "Hintergrundbedingungen der politischen Transformation" gewidmet, wobei der Verfasser zwischen historischem Hintergrund und sozioökonomischem Wandel – wiederum unterteilt in ökonomischen und sozialen Wandel – unterscheidet. Als historischer Hintergrund wird die politische Entwicklung der Republik Korea von 1948 bis 1981 mit ihrem Wechsel zwischen demokratischen und autoritären Ansätzen dargestellt, wobei die durch die vorangegangene japanische Kolonialherrschaft und die ihr folgende US-Militärregierung geschaffenen äußerst ungünstigen Startbedingungen ebenso herausgestellt werden wie die durch die traumatische Erfahrung des Koreakrieges bedingte Begünstigung nationalistisch-autoritärer Tendenzen.

Ärgerlich ist, daß bei der Darstellung des parlamentarischen Zwischenspiels der "2. Republik" zwar Ministerpräsident Chang Myon erwähnt wird, nicht aber Staatspräsident Yun Po Sun, so daß der wesentlich auf der Rivalität der beiden Männer beruhende "Zerfall" der regierenden Demokratischen Partei weitgehend unerklärt bleibt.

Zuzustimmen ist Croissant mit seiner Feststellung, daß das Regime des Putschgenerals von 1961 und Präsidenten bis 1979 Park Chung Hee (Im Text: Park Chun Hee) aufgrund seiner durch wirtschaftliche Effizienz erworbenen "empirischen Legitimität" mit einem "relativ niedrigen Repressionsniveau" auskam, und mit seinem Hinweis auf den überproportionalen Anteil von Christen in den politischen Eliten aller Richtungen.

Als sozioökonomischer Wandel wird zunächst die dramatische Entwicklung einer fast statischen Agrargesellschaft zu einer überaus dynamischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft dargestellt, dann die damit einhergehende ebenso rasche Urbanisierung und Bildungsexpansion. Ironischerweise stärkte diese vom autoritären Regime eingeleitete und forcierte Entwicklung gerade die zumindest potentiell eher oppositionell eingestellten Bevölkerungsschichten.

Dies führte, wie im 3., der "Liberalisierungsphase" gewidmeten Kapitel dargestellt wird, zu erheblichem Nachlassen der "empirischen Legitimation" der Regierung Chun Doo Hwan trotz anhaltender wirtschaftlicher Effizienz. Dadurch wiederum sah sich nach den "Öffnungswahlen" von 1985 der potentielle und dann auch tatsächliche Nachfolger Chuns im Präsidentenamt, Roh Tae Woo veranlaßt, 1987 praktisch das politische Programm der Opposition zu übernehmen. Dieser Schachzug dürfte neben der Spaltung der Opposition – weder Kim Young Sam noch Kim Dae Jung war bereit, auf die Präsidentschaftskandidatur zu verzichten – entscheidend für den Wahlerfolg gewesen sein. Das allgemeine Bestreben, ein international akzeptables Umfeld für die Olympischen Sommerspiele 1988 zu schaffen, dürfte ebenfalls eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Der zeitliche Ablauf der "Demokratisierungsphase" wird dann im 4. Kapitel abgehandelt, wobei der Verfassungsgebung und Wahlgesetzgebung breiter Raum gewidmet wird. Als Ergebnis kam dann ein Mischsystem mit präsidentialem Schwerpunkt und parlamentarischen Einsprengseln heraus. Irritierend ist nur, daß man die Annahme der geänderten Verfassung durch Parlament und Volk (September/Oktober 1987) erst am Ende einer detaillierten inhaltlichen Analyse erfährt. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1987, die Roh Tae Woo mit knapper relativer Mehrheit (36,7 %) gegen die "drei Kims" gewann – Kim Young Sam 28 %, Kim Dae Jung 27 %, Kim Jong Pil 8,1 % – führt Croissant zu Recht hauptsächlich auf personelle und regionale Faktoren und weniger auf die ohnehin kaum noch unterscheidbare politische Programmatik zurück. Jedenfalls wurde Roh trotz seines wenig überzeugenden Abschneidens als Präsident allgemein akzeptiert und konnte trotz des Rückschlags bei den Parlamentswahlen im April 1988 – die Regierungspartei kam nur auf 34 % und verlor die Mandatsmehrheit! – sein Demokratisierungsprogramm durchsetzen.

Folgerichtig und zutreffend spricht Croissant im 5. Kapitel von der "Konsolidierung der südkoreanischen Demokratie", die ihren Ausdruck auch darin fand, daß 1992 zum ersten

Mal seit über drei Jahrzehnten mit Kim Young Sam ein ziviler Politiker zum Präsidenten gewählt wurde. Die Dezemberwahl 1997, bei der mit Kim Dae Jung erstmalig ein Kandidat aus der Opposition heraus ins Präsidentenamt gelangte, konnte in der Studie nicht mehr berücksichtigt werden.

Mit dieser Wahl wurde die am Ende des Schlußkapitels formulierte These eindrucksvoll bestätigt, daß "Demokratie auch in asiatischen Gesellschaften ein verwirklichtbares Projekt ist".

Karl Leuteritz

Annabelle Böttcher

Syrische Religionspolitik unter Asad

Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, Band 15

Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg i.Br., 1998, 258 S., DM 30,--

Studien zu Politik und Gesellschaft des modernen syrischen Staates stoßen im allgemeinen auf eine objektive Grenze – die karge Materialbasis in bezug auf verlässliche und verfügbare Quellen, die nicht durch den Filter des Regimes verzerrt und damit nur bedingt brauchbar sind. Um so mehr verdient die Arbeit von Böttcher Beachtung, zumal sie sich einem Thema widmet, welches mit Fug und Recht als ein für Syrien existentielles perzipiert werden kann. Die Verfasserin bedient sich vor allem zweier Methoden, um das angesprochene Hindernis zu umgehen: Zum einen wertet sie das syrische Gesetzblatt akribisch aus, zum anderen versucht sie, durch „teilnehmende Beobachtung tatsächliche Machtverhältnisse mit den *de jure* Vorgaben (zu vergleichen)" – S. 14; vgl. die Liste der im Zeitraum von 1990 bis 1996 in Syrien geführten Interviews auf S. 254. Folgerichtig ist das Buch in zwei hauptsächlich Teile gegliedert, die sich auf Verwaltungsstrukturen („Repressive Strategie der ba’thistischen Religionspolitik" – S. 17-146) sowie auf die Gedanken und Aktivitäten des syrischen Großmuftis Ahmad Kaftârû ("Offensive Strategie der ba’thistischen Religionspolitik" – S. 147-223) beziehen. Mithin geht es um wichtige Aspekte der Religionspolitik in Syrien, keineswegs aber um eine umfassende Darstellung religiöser Verhältnisse (nicht-islamische religiöse Minderheiten, aber auch Druzen und Ismailiten werden im übrigen vollkommen ausgespart; S. 8). Böttcher unterzieht sich der Mühe, die offiziellen Verlautbarungen kritisch zu hinterfragen und das komplizierte System personaler und familiärer Abhängigkeiten in der syrischen Mischung aus orientalischer Patronage und alawitischer Dominanz zu beleuchten. Ohne Zweifel wird damit ein tiefer Einblick in die syrische Gesellschaft ermöglicht.

Zunächst wendet sich die Verfasserin der Verwaltung der Religiösen Stiftungen (*auqâf*) zu (S. 17-45). Gerade dieser Abschnitt schließt eine empfindliche Wissenslücke im Westen, denn – anders als über Libanon oder Ägypten – liegen bislang nur bruchstückhafte Arbeiten über das syrische Stiftungswesen vor. Daß es sich hierbei um Vermögenswerte in beträchtlicher Höhe